Einzelnummer 10 Pfennig
Mit Zeitungsbeilagen und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Freitag, den 15. Oktober 1926 — Nummer 230

Die Massen gegen den Raubvertrag!

Die monarchistischen Offiziere provozieren — Die Große Koalition auf dem Marsch — Die Industriellen bestätigen Silverberg — Das Dresdner Einheitskomitee für den Kongreß der Werktätigen

Berlin, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Da der sozialdemokratische Polizeipräsident die Demonstrationen der KPD verbot, hatte diese zu großen Versammlungen aufgerufen.

In mehr als 10 überfüllten Massenversammlungen gab gestern das werktätige Volk eine wuchtige Antwort auf das Verbrechen der Hohenzollernknechte und das Demonstrationsverbot des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten. Schupooffiziere provozierten wiederholt die Versammlungsteilnehmer. In den Versammlungssälen verletzte die Polizei einige Personen. **Heute wird der Schandvertrag unter einem riesigen Polizeiaufgebot in letzter Lesung durchgepeitscht werden.** Die SPD steht bei Wilhelm. Der Sozialdemokrat Braun führt die Verhandlungen über die Große Koalition weiter, darum muß der außerparlamentarische Druck heute verstärkt werden.

Die bürgerliche Presse hetzte gestern gegen die angekündigten Kundgebungen. Die „Tägliche Rundschau", das Organ der Deutschnationalen, schrieb in ihrer gestrigen Abendausgabe:

„Wenn sich die Teilnehmer an diesen Versammlungen nach Schluß der Vorstellung in kompakten Massen auf die Straße ergießen, so wird voraussichtlich durch bezahltes Gesindel dafür gesorgt werden, daß es Zusammenstöße mit der Polizei gibt, und dabei wird wohl der Gummiknüppel in Aktion treten müssen. Das aber ist's, was die „Pieck-Buben" wollen." Das Blatt behauptet dann, daß die Demonstration nur leere Komödie wäre und meint: „Wenn die Polizei mit dem Gummiknüppel kommt, so wird am Ende doch das ganze Gesindel zu Paaren getrieben."

Das ist der brutale Schrei nach Arbeiterblut. Die KPD sollte getroffen werden. Soweit wir bisher unterrichtet sind, hat der Disziplin der Massen weitere Zusammenstöße verhindert.

Die Tumulte im Landtag

Der sozialdemokratische Präsident läßt die Arbeiter herauswerfen.

Berlin, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Gestern nachmittag traf im Landtag eine Delegation ein, die von der Versammlung in Hilbersdorf den Auftrag hatte, den Fraktionsvorstand der SPD über die Auffassung der Arbeiter in der Hohenzollernfrage zu unterrichten. Als die Delegation den Abgeordneten Heilmann unbedingt sprechen wollte und ihm nicht die Flucht ergreifen ließ, **rief er nach der Hauptpolizei.** Es gelang ihm dann, **ins Restaurant des Landtages zu flüchten,** um seine Ruhe vor der Arbeiterdelegation, die aus sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern bestand, zu finden. **In den Wandelhängen entstand auf Grund dieser Vorgänge ein großer Tumult, so daß die Landtagsdiener herbeistürzten, um auf das Drängen Heilmanns die Delegation abzuschieben.** Der sozialdemokratische Landtagspräsident Bartel **ließ die Delegation von Kriminalbeamten hinauswerfen.** Bezeichnend für Heilmann ist es, daß er eine Arbeiterin der Delegation mit den Worten anbrüllte: **„Was wollen Sie, dummes Weib?"** (!) In den Wandelgängen des Landtages befinden sich mehr Kriminalbeamte, als Abgeordnete.

Vorbereitungen der Koalition

Die Industriellen bestätigen Silverberg.

Berlin, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrigen interfraktionellen Besprechungen zwischen den preußischen Regierungsparteien ergaben den Beschluß, **am 3. November eine offizielle Besprechung mit dem Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei zu eröffnen.**

*

Die Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am gestrigen Tage ergab die neue Zustimmung der Trustparole und der Politik der Großen Koalition. In der Entschließung des erweiterten Vorstandes heißt es u. a.: **„Präsidium und Vorstand sind der Auffassung, daß die Aufforderung zur Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern nur eine neue Betonung der auch bisher von den Spitzenorganisationen verfolgten Ziele darstellt.** Präsidium und Vorstand der deutschen Industrie begrüßen alle Bestrebungen, die geeignet sind, die Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern zu fördern. Das „Berliner Tageblatt" bestätigt freudig, daß kein einziger Führer der Industrie gegen die von Silverberg **vorgeschlagene Politik** liegt.

Die SPD ist ebenfalls vor Freude toll. Die Auslieferung der Arbeiter an die Kapitalisten kann beginnen. Die Arbeiter werden aber nicht so einfach mittun.

Das Dresdner Einheitskomitee gegen den Schandvertrag

Für den Kongreß der Werktätigen.

Gestern tagte hier das Einheitskomitee, das beim Volksentscheid von den Dresdner Arbeitern gebildet wurde. An dem Komitee sind eine große Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter beteiligt. Das Komitee schickte folgendes Telegramm an den Preußischen Landtag:

Preußischer Landtag, Präsidium, Berlin.

Unterzeichnete Organisationen protestieren entrüstet gegen schmachvollen Vergleich der preußischen Regierung mit Hohenzollernhaus. Fordern Anerkennung der 14½ Millionen Ja-Stimmen beim Volksentscheid. Erklären nachdrücklichst, daß wenn Vergleich angenommen wird, wir Massen mobilisieren werden, um Regierungen und Parlamente zur Auflösung zu bringen.

Internationale Arbeiter-Hilfe. Zentralverband der Arbeitsinvaliden. Internationaler Bund der Kriegsinvaliden. Gemeinschaft proletarischer Freidenker. Unabhängige sozialdemokratische Partei. Kommunistische Partei. Roter Frontkämpferbund. Rote Hilfe. Proletarischer Frauen- und Mädchenbund. Internationale Frauenliga. Betriebsräte der Firma Anton Reiche. Sachsenwerk. Elektrizitätswerk. Arbeiter-Jds-Bund. Proletarische Kulturgemeinschaft.

Gleichzeitig beschloß die Sitzung, die Werbetätigkeit für den

Kongreß der Werktätigen

zu unterstützen. In den nächsten Tagen soll eine Kundgebung einberufen werden:

Gegen die Fürstenabfindung,
Gegen den Bürgerblock,
Für den Kongreß der Werktätigen.

Die Dresdner Zeiß-Werke für den Kongreß der Werktätigen

Die am 13. Oktober 1926 im Volkshaus-Ost tagende Betriebsversammlung der Zeiß-Ikon AG (Zentrale früher Ica) bringt hiermit zum Ausdruck, daß durch die immer mehr sich ausbreitende Arbeitslosigkeit die Verelendung der Arbeiterklasse einen kaum zu ertragenden Umfang annimmt. Die Versammelten begrüßen daher die Einberufung des

Kongresses der Werktätigen.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen und ein Delegierter zum Kongreß der Werktätigen gewählt.

Alles für die Hohenzollern — für die Erwerbslosen nichts!

Erwerbslose und Preußischer Landtag

Im Preußischen Landtag standen gestern die Erwerbslosen-Anträge zur Behandlung. Die Deutschnationalen forderten durch ihren Redner erneut die Arbeitsdienstpflicht. Der Genosse Schulz-Breslau kennzeichnete die Heuchelei der Regierung und der Regierungsparteien einschließlich der SPD, die für die Erwerbslosen nichts übrig haben aber den Hohenzollern 500 Millionen in den Rachen werfen. Während diese Gesellschaft bei der Beratung der Hohenzollerngesetze bis auf den letzten Mann im Saale waren, interessierten sie sich für die Erwerbslosen-Anträge überhaupt nicht. Der Ministerialdirektor Klaußner verhöhnte die Erwerbslosen, indem er erklärte, daß in Dutzeln zur Arbeit verschickte Erwerbslose mit klingendem Spiel und roten Fahnen eingezogen seien, viel Lust könnte also zur Arbeit nicht vorhanden sein. Bei diesen Ausführungen hat der Regierungsvertreter die Zustimmung eines Teiles der SPD bekommen. Als sich die 3 kommunistischen Mitglieder des Hauptausschusses, wie die Anträge beraten worden waren, in berechtigter Empörung gegen den Regierungsvertreter wandten, erhielten die Abgeordneten Schulz und Schubert Ordnungsrufe durch den Sozialdemokraten Hirsch. Genosse Schulz forderte die sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent, Aufhebung der Karrenzzeit, energische Maßnahmen gegen Stillegung von Betrieben und Zurückziehung des Hirtsiefer Erlasses und Ausbau der Erwerbslosenfürsorge.

Gegen den Belagerungszustand in Berlin

Fort mit dem Demonstrationsverbot!

In der gestrigen Sitzung des Preußischen Landtages gab die kommunistische Fraktion folgenden Antrag vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt:

„Die Hohenzollernmehrheit des Landtages von den Völkischen bis zu den Sozialdemokraten hat hier alles erdenkliche getan, um die von den Hohenzollern gewünschte Durchpeitschung des Gesetzentwurfes über die Vermögensauseinandersetzung zu ermöglichen. Sie hat sich hohnlachend über das am 20. Juni 1926 abgegebene Votum von 14½ Millionen Wählern hinweggesetzt und ist vor keinem Geschäftsordnungsbruch und keiner Vergewaltigung der kommunistischen Fraktion zurückgeschreckt.

Zur Krönung dieses Vorgehens wurde es jetzt der Berliner und der Arbeiterschaft in Preußen durch das Demonstrationsverbot, das auf Veranlassung des sozialdemokratischen Innenministers Grzesinski erlassen worden ist, unmöglich gemacht, ihre Meinung zu dem Vergleich und seiner Behandlung im Landtag noch vor der Verabschiedung der Vorlage öffentlich kundzugeben. Der Landtag wolle daher beschließen: **„Das Demonstrationsverbot wird sofort aufgehoben."**

Bei der Begründung des Antrages zeigte Genosse Pieck die Rolle des sozialdemokratischen Innenministers, dessen erste Amtshandlung das Verbot der kommunistischen Demonstration war, um den Millionenraub der Hohenzollern ungestört in Sicherheit zu bringen und zu verhindern, daß die öffentliche Meinung am Tage vor der Verabschiedung des Hohenzollernvergleichs öffentlich kundgetan werden kann. Wenn das Demonstrationsverbot nicht aufgehoben würde, so erklärte Genosse Pieck, werden sich die Massen trotzdem Gehör verschaffen, und zwar so, daß den Fürstenknechten Hören und Sehen vergeht.

Die sofortige Behandlung des Antrages scheiterte an dem Widerspruch der Demokraten, die damit ihren sozialdemokratischen Freunden die Arbeit des Einspruches abnehmen.

Die „Volkszeitung" kneift!

E. M. Die Redaktion der „Dresdner Volkszeitung" schweigt, wo sie offen Farbe bekennen sollte. Wie wir hören, ist der Aufruf der **Niedersedlitz-Leubener Betriebsvertretungen,** den wir am gestrigen Tage an der Spitze unseres Blattes veröffentlichten, auch der **„Dresdner Volkszeitung"** rechtzeitig genug zugegangen, um von ihm wenigstens Notiz nehmen zu können. Die **„Dresdner Volkszeitung"** aber schweigt, obwohl 3 ihrer Parteigenossen diesen Aufruf namentlich unterzeichneten und **ein weiteres Dutzend SPD-Funktionäre dem Aufruf ihre Zustimmung erteilten.**

Unsere Genossen sind hiermit aufgefordert, jeden sozialdemokratischen Arbeiter mit dem **Leuben-Niedersedlitzer Aufruf** bekanntzumachen, sie zu fragen, ob sich diesem Aufruf auch nur ein Wort findet, das nicht jeder Arbeiterfreund freudig unterschreiben könnte. Die **„Dresdner Volkszeitung"** aber schweigt, wo sie reden sollte und redet wo sie schweigen sollte. Nachdem sie in ihrer Nummer 289 über „kommunistische Lausbubentaktik im Preußischen Landtage Gift und Galle speite, versucht sie in ihrer Donnerstag-Ausgabe das immer enger werdende Verhältnis der kommunistischen und sozialdemokrat. Betriebsarbeiter durch freie Erfindungen und Verleumdungen zu stören. „Die kommunistische Gewaltmeierei" — im Preußischen Landtag nämlich — betitelt sie eine Notiz, die offen aufzeigt, zu welchen Mitteln diese Sorte linker SPD-Führer greifen muß, um den Zug sozialdemokratischer Arbeiter zur Kommunistischen Partei zu hemmen. Der wesentlichste Zweck ist, die Arbeiter durch wüste Kommunisten-Hetze von dem Verrat der SPD-Führer in Preußen abzulenken.

Im Preußischen Landtage haben allein die kommunistischen Abgeordneten gegen die unabschätzbaren Millionen gestimmt, die den Kriegsverbrechern zur Organisierung faschistischer Horden bezahlt werden sollen. Die Funktionäre der SPD in Groß-Berlin haben einmütig von ihrer preußischen Landtagsfraktion gefordert, den Schandvertrag der sozialdemokratischen Minister Braun und Severing mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die kommunistische Fraktion handelte so, wie die sozialdemokratischen Funktionäre Berlins beschlossen haben, sie trieb Obstruktion bis zum äußersten. Die SPD-Fraktion im Preußischen Landtag aber, sie kniff feige, sie enthielt sich der Abstimmung, sie stimmte gegen die kommunistischen Anträge, sie tat rein nichts, um die durch Verfassung und Geschäftsordnung verbürgten Rechte jeder Parlamentsminderheit zu schützen. Arm in Arm stand die sozialdemokratische Landtagsfraktion mit den Deutschnationalen, als der Wille der 14½ Millionen Ja-Wähler mit Füßen getreten wurde.

Der sozialdemokratische Minister des Innern Grzesinski im Bunde mit dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in Berlin, sie sprachen ein Demonstrationsverbot aus gegen den Fürstenraub. Stellen wir jedem sozialdemokratischen Arbeiter die Frage: In was unterscheiden sich die preußischen Minister **Braun, Severing, Grzesinski** und das von Sozialdemokraten geführte Polizeipräsidium in Berlin von den sächsischen **ASPS-Ministern Heldt, Müller,** von dem Dresdner Polizeipräsidenten **Kühn?** Kein SPD-Arbeiter wird hier einen politischen Unterschied entdecken können.

Die „Volkszeitung", sie schweigt nicht nur, sie lügt bewußt, treibt eine infame Hetze gegen die KPD, denunziert die kommunistische Presse dem Oberreichsanwalt. Sie schreibt folgendes:

„Dieses Verbot (der Berliner Arbeiter-Demonstration gegen den Fürstenraub) ist die unmittelbare Folge . . . . der täglichen Aufforderungen zur Gewalt in der kommunistischen Presse."

Merkt auf, sozialdemokratische Arbeiter! Wo ist hier der Unterschied zwischen einem **Bethke und Arzt?** Es gibt einen solchen Unterschied! **Heldt, Müller, Bethke,** sie sprechen offen aus was sie wollen. Sie handeln so wie sie denken, sie wissen auch was sie wollen. Die Linken hingegen, die **Lipinski, Liebmann, Arzt,** sie reden anders als sie handeln. **Sie wollen dasselbe wie die Müller, Heldt, Bethke, sie sind zu feige, auszusprechen, was sie denken,** weil sonst die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens regimenterweise und mit fliegenden Fahnen ins kommunistische Lager ziehen würden.

Wir wiederholen nochmals. Die linke sozialdemokratische **„Dresdner Volkszeitung",** sie verschweigt die Aufgaben, die Lebensfragen des Proletariats sind. Sie nimmt nicht einmal Notiz von dem Aufruf ihrer **Niedersedlitz-Leubener Industrievertreter.** Sie beschimpft im übelsten Gossentone die kommunistische Partei, die als einzige die Interessen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie und Hohenzollern vertritt.

Arbeiter in der SPD! Seht euren Führern nicht allein auf das Maul, sondern auf die Fäuste! Erkennt, daß euer Platz niemals sein kann und darf in der Sozialdemokratie, sondern in der Partei der Arbeiter, in der Kommunistischen Partei. Am 31. Oktober habt ihr wieder eine Entscheidung zu fällen, sie kann nur für die Liste 5, für die Kommunisten sein.